

Europa Am Scheideweg

Article by Rosa Martínez Rodríguez, Yolanda Díaz

January 24, 2025

Europa hat sich in den letzten Jahren in mehreren Krisen solidarisch gezeigt. Nun steht es am Scheideweg zwischen einer Rückkehr zum alten Regime der Sparmaßnahmen und einer Union, die sich auf ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen und solide soziale Absicherung stützt. Angesichts des Aufschwungs der Konservativen im Vorfeld der EU-Wahlen 2024 müssen Grüne und Progressive ihre Kräfte bündeln und ihre Vorstellungskraft erweitern, meint die Sumar-Vorsitzende Yolanda Díaz.

Rosa Martínez Rodríguez: Die Europäische Union hat ihre gemeinsamen Institutionen auf dem neoliberalen Konsens aufgebaut, den die Märkte am besten kennen. Die Aufgabe des Staates besteht darin, ihr Funktionieren zu ermöglichen. Jetzt bröckelt dieser Konsens weltweit. Was bedeutet das für Europa?

Yolanda Díaz: Die Einigung über das europäische Konjunkturprogramm während der Pandemie war ein wirklich wichtiger Wendepunkt. Nicht wegen des Budgets – das keineswegs unbedeutend war – oder wegen seines Inhalts, sondern vielmehr wegen der zugrunde liegenden Prinzipien. Die Einigung hat gezeigt, dass es einen anderen Weg gibt und dass es möglich ist, den wirtschaftlichen Ansatz in der europäischen Politik zu ändern, von dem viele bis dahin geglaubt hatten, dass er von den Marktkräften bestimmt wird.

Nun, mehr als drei Jahre später, steht das europäische Projekt erneut an einem historischen Scheideweg mit zwei Möglichkeiten. Die erste ist die neoliberale Umgestaltung, die im Wesentlichen darin besteht, die Privilegien der europäischen Oberschicht zu sichern. Dieser erste Weg garantiert, dass die in Maastricht und Lissabon gemachten Fehler wiederholt werden, und führt uns zurück zu veralteten Steuerregeln, die keine Antwort auf die aktuellen Herausforderungen geben können und nicht geeignet sind, einen fairen digitalen und ökologischen Übergang zu gewährleisten. Dies ist auch der Weg zu einem Migrations- und Asylpaket, das das derzeitige ausgelagerte, sicherheitsbasierte Modell stärkt und das das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt hat.

Der zweite Weg ist einer, der darauf abzielt, die Mehrheit der Europäer zu schützen und die Klimakrise zu bewältigen. Es ist der Weg, den ich bereits erwähnt habe, der Weg eines Europas, dem es nach der miserablen Bewältigung der Wirtschaftskrise 2008 gelungen ist, die Beschäftigten während der Pandemie zu schützen. Es ist der Weg der Konjunkturfonds, die trotz ihrer Grenzen gezeigt haben, dass wir alles tun können, was jahrzehntelang für unmöglich gehalten wurde.

In Anlehnung an [EU-Gründervater] Jean Monnets Idee, dass Europa in der Krise geschmiedet wird, sollten wir auf diesem Wendepunkt aufbauen, der als Reaktion auf die Corona-Krise entstanden ist. Wir sollten vom Reparieren zum Vorbereiten übergehen, wie [die Wirtschaftswissenschaftlerin] Mariana Mazzucato sagen würde. Wir sollten uns endgültig von der zum Scheitern verurteilten Sparpolitik verabschieden und uns darauf konzentrieren, öffentliche Investitionspläne, steuerliche Anreize und bewährte Instrumente wie den SURE-Mechanismus [zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Notsituationen] einzubinden. Wir müssen diesen Funken der Aufklärung, den wir während der Pandemie gesehen

haben, fördern und ihn zu dauerhaften, verlässlichen Spielregeln machen.

Welche Rolle spielt der grüne Übergang bei diesem zweiten Weg, den Sie beschreiben? Kann die Klimapolitik dazu beitragen, Europa sozialer zu machen und Ungleichheiten abzubauen?

Um diesen positiven Weg einzuschlagen, muss die EU unbedingt eine Supermacht im Kampf gegen den Klimawandel werden. In einer Zeit der globalen Neuausrichtung, in der Europa noch kein wirklich eigenständiges Profil gefunden hat, ist diese Rolle entscheidend.

Aufgrund ihrer rechtlichen Befugnisse, ihrer Verteidigung der Klimadiplomatie, ihrer Größe und anderer Faktoren ist die EU in der Lage, auf globaler Ebene die treibende Kraft für eine demokratische und sozial verantwortliche ökologische Planung zu sein – ein Beispiel für eine Klimapolitik, der der Rest der Welt folgen kann.

In den letzten Monaten haben wir einen besorgniserregenden Versuch erlebt, den Europäischen Green Deal zu demontieren. Wir haben dies mit dem Renaturierungsgesetz und mit den Äußerungen von Ursula von der Leyen und Emmanuel Macron gesehen, die eine Verlangsamung der grünen europäischen Agenda fordern.

Angesichts dieser Allianz von Klimaleugnern und Aufschiebern müssen wir laut und deutlich sagen, dass das Erreichen der Klimaziele heute dringender ist als je zuvor. Ein erweiterter Europäischer Green Deal, mit neuem Ehrgeiz und einem aggressiveren Zeitplan, muss in den nächsten zehn Jahren unser wichtigstes politisches Ziel sein. Es gibt keine Zeit zu verlieren.

Aus diesem Grund müssen wir das Paket „Fit für 55“ ausweiten und die sozialen Mechanismen des Green Deal wie den Fonds für den gerechten Übergang (JTF) und den Klima-Sozialfonds stärken. Dadurch wird sichergestellt, dass die Last der Bekämpfung des Klimanotstands nicht auf den Schultern der Beschäftigten liegt, sondern derer die die Umwelt am meisten verschmutzen. Wir müssen auch neue Instrumente wie einen SURE-Klimamechanismus schaffen, um die Beschäftigten während des gesamten Übergangs zu schützen und sicherzustellen, dass er keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung hat.

Wir brauchen eine grüne industriepolitik, um einen wirtschaftlichen paradigmwechsel in der eu herbeizuführen.

Industriepolitik ist wieder en vogue, auch auf europäischer Ebene. Aber kann sie so betrieben werden, dass sie die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft stärkt, statt Risiken zu sozialisieren und Gewinne zu privatisieren?

Europa und seine Mitgliedstaaten brauchen eine aktive Industriepolitik und eine grüne Industriepolitik. Was wir brauchen, ist mehr und bessere Planung, um die Unsicherheit zu verringern, die den aktuellen Zeitgeist kennzeichnet.

Die Industriepolitik hat ein Comeback erlebt, aber sie kann nicht mehr so sein wie früher. Wir brauchen einen langfristigen, strukturellen Wandel unseres Produktionsmodells.

Wir brauchen eine grüne Industriepolitik, um einen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel in der EU

herbeizuführen, indem wir eine wirklich fortschrittliche Agenda für die Beschäftigten verfolgen. Darüber hinaus brauchen wir einen grünen Reindustrialisierungsprozess, der die Rechte der Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt und öffentliche Hilfen für Unternehmen von ihrem sinnvollen Beitrag zu einem fairen ökologischen und digitalen Wandel abhängig macht. Der letzte dieser Punkte ist besonders wichtig. [Der progressive US-Senator] Bernie Sanders hat seine Unterstützung für das US-amerikanische CHIPS-Gesetz davon abhängig gemacht, dass die Unternehmen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen, die den Beschäftigten zugutekommen. Das ist möglich, und es ist wichtig, dass wir es tun.

Aus diesem Grund bedeutet eine grüne Industriepolitik auch einen fairen Übergang, der die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt, indem neue Arbeitsplätze geschaffen und die Gehälter aufgebessert werden. Dieser Gedanke stand in unserem Wahlprogramm für die spanischen Wahlen im Juli im Vordergrund: Wir sprachen über einen nationalen Energiewendeplan, der die Sanierung von 500.000 Wohnungen pro Jahr, die Erhöhung der Investitionen in erneuerbare Energien und die Entwicklung Spaniens zu einem Vorreiter bei der Elektromobilität vorsah.

Dies hängt auch mit der Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie zusammen, die den Menschen in Europa dient und nicht den finanziellen Interessen der Waffenhersteller. Wir brauchen unsere eigenen Industrien, damit wir Entscheidungen treffen können, die nicht den Segen von Drittländern benötigen. Wir brauchen unsere eigenen Industrien, damit Europa eine eigene Stimme und eine unabhängige Rolle im gegenwärtigen Kontext geopolitischer Unsicherheit haben kann.

In den letzten Jahren hat Europa Raum für mehr Investitionen in den Mitgliedstaaten geschaffen. Spanien war eine wichtige Kraft, die Koalitionen für politische Maßnahmen wie die gemeinsame Kreditaufnahme und die Energiesteuer gebildet hat. Wie sehen Sie das Zusammenspiel zwischen progressiven Regierungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten und progressiver Führung auf europäischer Ebene? Kann Spanien diese Rolle noch spielen?

Die Rolle Spaniens in Europa hat sich in der letzten Legislaturperiode stark verändert. Vor einem Jahrzehnt prahlte Luis de Guindos, der Wirtschaftsminister von Mariano Rajoy, vor der Eurogruppe damit, dass seine Gegenreform des Arbeitsrechts „extrem aggressiv“ sei. Heute ist unsere Arbeitsrechtsreform für ganz Europa ein Beispiel dafür, dass es auch anders gehen kann. Vor zehn Jahren befand sich Spanien am Rande eines Europas, das von der Sparpolitik beherrscht wurde. Heute koordinieren wir äußerst ehrgeizige und erfolgreiche Initiativen auf EU-Ebene, wie z. B. die Richtlinien über Mindestlöhne und Lohntransparenz.

Es erfüllt uns mit Stolz, dass die ehemaligen „PIIGS“ und Südeuropa insgesamt in einer Zeit, in der das europäische Projekt neu gestaltet wird, eine historische Vorreiterrolle spielen.

*Wir haben die Wahl zwischen kleinen Schritten
vorwärts und großen Sprüngen zurück.*

Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Rolle weiterhin spielen können, wenn wir auch künftig ehrgeizig und innovativ sind und wenn wir diesen Moment nicht als eine Zeit der Konsolidierung, sondern des Fortschritts verstehen. Wir haben die Wahl zwischen kleinen Schritten vorwärts und großen Sprüngen zurück.

„Europa ist ein zwischenstaatlicher Pakt, der zu einem demokratischen, sozialen und föderalen Projekt werden muss“, schrieben Sie Anfang des Jahres.¹ Warum muss Europa diesen nächsten

Schritt nach vorne machen? Und ist diese Vision unter den gegebenen Umständen realistisch?

Nun, das internationale Programm von Sumar [der von Díaz gegründeten und geführten progressiven Linkspartei] hatte drei Hauptziele: einen demokratischen Ausweg aus der großen ökosozialen Krise zu finden, die Demokratie in Europa durch die Stärkung des Multilateralismus und des Völkerrechts wiederherzustellen und ein sozialeres Europa anzustreben. Dieses letzte Ziel ist eine Voraussetzung für die ersten beiden, und wir müssen ehrgeizig sein.

Wir haben darüber gesprochen, über den Stabilitäts- und Wachstumspakt – ein veraltetes Element des Maastrichter Vertrags – hinauszugehen, indem wir den Kampf gegen die Klimakrise zu einem der Ziele der Europäischen Zentralbank machen. Dies könnte viele Formen annehmen, wie unter anderem Ersetzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus durch eine Europäische Schuldenagentur, Übergang zu einer redistributiven und integrierten Steuerpolitik, die Sozialdumping zwischen den Mitgliedstaaten verhindert, rechtliche Kodifizierung der Europäischen Säule sozialer Rechte oder des Protokolls über den sozialen Fortschritt und Demokratisierung des institutionellen Rahmens der Union. Ein letzter Punkt zu realistischen Visionen 1949: während des Aufbaus der Nachkriegs-Wohlfahrtsstaaten, schrieb [der Wirtschaftswissenschaftler und politische Philosoph] Friedrich Hayek einen Aufsatz mit dem Titel „Die Intellektuellen und der Sozialismus“, in dem er feststellte, dass die Marktliberalen angesichts des Sieges des Keynesianismus eine neue, radikale utopische Vision benötigten. Dreißig Jahre später waren viele von Hayeks Ansichten zum Mainstream geworden. Ich denke, wir sollten aus dem Erfolg des Neoliberalismus lernen. Wir brauchen transformative Visionen, denn wenn wir uns anstrengen, wenn wir unsere Vorstellungskraft ausweiten, können wir weit mehr erreichen, als wir denken.

Die Progressiven sind nicht die einzigen, die eine Vision für Europa haben. Überraschenderweise ist die extreme Rechte transnationaler denn je. Welche Wahl haben wir Ihrer Ansicht nach? Was ist deren Europa, und was ist unseres?

Nun, ich denke, wir können daraus viel lernen. Trotz ihrer vielen internen Differenzen ist es der extremen Rechten sowohl in Europa als auch im Rest der Welt gelungen, ein transnationales Netzwerk aufzubauen und sich als einheitliche koordinierte politische Bewegung zu präsentieren. Ich denke, dass die Progressiven dies ebenfalls tun müssen.

Deshalb spreche ich im Geiste [des marxistischen Theoretikers Antonio] Gramsci immer

vom Aufbau eines progressiven historischen Blocks, eines grünen historischen Blocks: ein breites und vielfältiges Bündnis, das über die Wahlpolitik hinausgeht. Eines, das neben sozialen, intellektuellen und institutionellen Bewegungen auch politische Kräfte aus verschiedenen Traditionen umfasst. Dies kann sogar Sektoren einschließen, die bisher Teil des neoliberalen Modells waren. Um große Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir große Allianzen. Die Menschen wollen nicht, dass wir alle gleich sind, dass wir aufhören, unabhängig zu denken – sie wollen, dass wir unsere Kräfte bündeln, um gemeinsam voranzukommen und das tägliche Leben der Menschen zu verbessern. Das ist die innovative Vision, die Sumar für Spanien hat, und wir möchten, dass dies auch unser Beitrag auf der europäischen Bühne ist.

Our latest edition – Head On: Facing the Far Right!

Read it online or get your copy delivered straight to your door.

[READ & ORDER](#)

Was steht bei den EU-Wahlen 2024 auf dem Spiel? Warum sind diese Wahlen für Spanien wichtig?

Bei diesen Wahlen steht alles auf dem Spiel. Es geht um die weitere Relevanz unseres Landes in Brüssel und vor allem um die Zukunft des europäischen Projekts selbst.

Sehen Sie, vor einigen Monaten haben in Spanien bestimmte Personen schon Monate vor Öffnung der Wahllokale den Sieg verkündet. In unserem Land haben wir gezeigt, dass der Sieg eines Bündnisses zwischen der Rechten und der extremen Rechten nicht sicher ist. Im Gegenteil: Es ist eine Sache der Vergangenheit.

Das Gleiche geschieht jetzt mit den Europawahlen. Mehrere Monate vor den Wahlen sagen viele Menschen in Europa, dass man nichts machen kann, dass es nur zwei mögliche Ergebnisse gibt: entweder ein Bündnis à la Meloni [zwischen der rechten Mitte und der extremen Rechten] oder die übliche große Koalition. Das stimmt einfach nicht!



Rosa Martínez Rodríguez is secretary of state for social rights of the Spanish government. She is member of the *Green European Journal* editorial board and a former Green member of the Spanish Parliament (2015-2019). Rosa was co-spokesperson of the Spanish Green Party (EQUO) from 2014 to 2018.



Yolanda Díaz is a Spanish politician and lawyer specialising in labour law. She is the leader of the left-wing party Sumar.

Published January 24, 2025

Article in German

Translation available in English, Spanish

Published in the *Green European Journal*

Downloaded from <https://www.greeneuropeanjournal.eu/europa-am-scheideweg/>

The Green European Journal offers analysis on current affairs, political ecology and the struggle for an alternative Europe. In print and online, the journal works to create an inclusive, multilingual and independent media space.

Sign up to the newsletter to receive our monthly Editor's Picks.